

Das grüne Programm für Norden - 2021 bis 2026 –

-Einstimmig von der Mitgliederversammlung am 14.6.21 in der Westgaster Mühle in Norden beschlossen -

Inhaltsverzeichnis

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	2
Mobilität und Verkehr	4
Landwirtschaft	7
Tierschutz	7
Stadtentwicklung	7
Gesundheit	11
Bildung	11
Kulturszene	13
Soziales	13
Moderne Stadtverwaltung	15
Wirtschaft	16
Finanzen	17

Seit Jahren gibt es Stillstand in fast allen städtischen Aufgabenbereichen in Norden. Ob Klima- und Artenschutz, Bildung und Erziehung, Gesundheitsversorgung, Bauen und Wohnen, Innenstadtentwicklung, Kultur oder Sport. Initiativen der Verwaltungsspitze sind nicht in Sicht, Bürgerinitiativen werden abgeblockt und der Stadtspitze nicht passende Beschlüsse des Rates werden ausgesessen. Die Zeit für einen Wandel ist reif. Gebraucht wird nicht nur eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister mit Weitblick und Tatkraft, gebraucht wird auch eine durchsetzungsfähige Ratsmehrheit mit einem Zukunftsprogramm für die Stadt. Wir Grünen stehen für die ökologischen Leitplanken dieses Erneuerungsprozesses. Das sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig. Deshalb fängt bei uns die Stadtentwicklung aus Sicht der Kleinsten an, den Ungeborenen. In Norden soll künftig wieder gerne geboren werden, wofür nicht nur ausreichend Hebammen gebraucht werden, sondern auch eine Kinder und Familien fördernde gesunde Umgebung. Wir laden alle Parteien ein, die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung mit uns vom ungeborenen Kind her zu denken und bei allen politischen Entscheidungen deren Folgen für die Lebensbedingungen mindestens der nächsten vier Generationen zu berücksichtigen.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Naturschutz

- Grünflächen haben eine hohe Bedeutung für den Erhalt unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten. Sie sorgen mit für ein günstiges Klima innerhalb der bebauten Bereiche unserer Stadt.
- Deshalb wollen wir
 - die öffentlichen Grünflächen möglichst naturnah gestalten. Auf den Einsatz von Pestiziden und künstlichen Düngestoffen auf öffentlichen Flächen wollen wir vollständig verzichten.
 - die naturnahe Gestaltung privater Gärten fördern
 - den Rückbau der rechtswidrig angelegten Kiesgärten einfordern
 - uns für die Aufstellung von mehr Mülleimern im Stadtgebiet und deren häufigere Leerung und Reinigung, gleichzeitig aber auch für Vermeidung von Müll einsetzen
- Die Stadt ist aber auch außerhalb der bebauten Bereiche Eigentümerin von Flächen, die künftig so genutzt werden sollen, dass sie in besonderer Weise dem Arten- und Klimaschutz dienen.
 - Wegraine und Freiflächen sollen wieder umfassend Rückzugsräume und Nahrungsflächen für unsere heimischen Arten werden. Sie sollen künftig mit feldheckentypischen Gehölzen bepflanzt und der natürlichen Entwicklung überlassen oder mit mehrjährigen Blühpflanzen eingesät werden.
 - Die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Stadt sollen bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung künftig nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden.
 - In den Waldflächen im Eigentum der Stadt soll der Natur- und Klimaschutz Vorrang vor der wirtschaftlichen Nutzung haben. Wir setzen uns für naturnahen Mischwald mit hohem

- Totholzanteil ein. Bei Neuanpflanzungen werden ausschließlich in Europa heimische Baumarten verwendet.
- Wir treten dafür ein, dass sich Norden dem bundesweit aus inzwischen über 270 Städten, Gemeinden und Landkreisen starken Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ anschließt.
- Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Feldraine sind wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger. Wir treten dafür ein, dass sie als geschützte Landschaftsbestandteile unter Schutz gestellt werden.
- Der in Norden seit Jahren laufende Zersiedelungsprozess zerstört den Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten. Wir streben deshalb die innerörtliche Verdichtung an. Für zu versiegelnde Flächen sind vorrangig andere Flächen zu entsiegeln. Für Baugebiete im Außenbereich wollen wir grundsätzlich eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung einführen.
- Straßenräume müssen wiederbegrünt werden, dafür sollten insektenfreundliche Bäume und Sträucher genutzt werden, die gepflegt und nicht wirtschaftlich verwertet werden. Auf das Mähen der Randstreifen wird weitestgehend verzichtet.
- Die Hecke wollen wir mit in die Baumschutzsatzung aufnehmen.

Klimagerechte Stadt

Der Klimawandel ist Realität! Wir setzen uns verstärkt für den Klimaschutz ein und für Maßnahmen, unsere Stadt auf die nicht abwendbaren Folgen des Klimawandels einzustellen:

- Öffentliche Eigentümer haben auf dem Dach neugebauter Immobilien Photovoltaikanlagen in angemessener Größe zur Gebäudegrundfläche zu betreiben
- Private Eigentümer sollen beim Neubau von Immobilien angemessen große PV-Anlagen auf ihren Dächern selbst oder durch Dritte errichten und betreiben
- Dächer von Neubauten, die für die Nutzung der Sonnenenergie nicht geeignet sind, sollen eine Dachbegrünung gefördert bekommen
- Auch die Begrünung von Fassaden wollen wir fördern, wobei die Fassaden kommunaler Gebäude zu begrünen sind, sofern dem keine fachlichen Gründe entgegenstehen
- Das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität wollen wir weiter verbessern, in dem an allen geeigneten Stellen im öffentlichen Raum großkronige Bäume gepflanzt werden. Auf Parkplätzen und Einstellflächen soll jeweils ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätze vorgesehen werden
- Das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser soll - so weit möglich - nicht in den nächsten Kanal, Graben oder Tief abgeleitet werden, **sondern versickern können**.

Kommunaler Klimaschutz

Um das im Jahre 2015 in Paris vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen, muss Deutschland bis 2035 klimaneutral sein und den Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Wir fordern den Bund und das Land auf, dafür endlich den erforderlichen Rahmen zu setzen. Um das Klimaziel zu erreichen, kommt es aber auch auf die Kommunen an.

- Deshalb wollen wir für unsere Stadt:
 - einen Klimavorbehalt für alle politischen und administrativen Maßnahmen einführen: alle Satzungen, Maßnahmen und Förderprogramme müssen auf ihre Klimaauswirkungen geprüft und bewertet werden. Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Klimabilanz führen, sind zu unterlassen.
 - eine regelmäßige Bilanz der klimaschädlichen Gase erheben lassen (CO₂, Lachgas, Methan etc.)
 - den Verwaltungsmitarbeiter*Innen Möglichkeiten bieten, Fortbildungen im Bereich Energie- und Umwelt zu besuchen.
 - den Masterplan 100 oder easy-Zertifizierungen für alle städtischen Betriebe einrichten
 - einen Klimaschutzfonds zur Förderung von privaten Klimaschutzmaßnahmen einrichten
 - das seit 10 Jahren beim Bürgermeister in der Schublade liegende Klimaschutzprogramm aktualisieren und die Klimaschutzbeauftragte mit der Aufgabe einsetzen, das Programm umzusetzen
 - ein Solarkataster erstellen, um alle für die Nutzung der Sonnenenergie geeigneten bereits überbauten Flächen zu erfassen.

- über B-Pläne, städtebauliche Verträge oder bei der Veräußerung bebaubarer Grundstücke im kommunalen Eigentum für Neubauten grundsätzlich Passivhausstandard festsetzen sowie die Nutzung der Solarenergie auf geeigneten Dachflächen vorschreiben und für die vorhandenen zur Nutzung der Solarenergie geeigneten Dachflächen prüfen, wie dort möglichst schnell neue Anlagen realisiert werden können
- den Gebäudebestand im Eigentum der Stadt bestmöglich energetisch sanieren.
- in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk eine hochwertige und unabhängige Beratung zur energetischen Sanierung und verbesserten technischen Ausstattung des Wohnungs- und Gewerbeimmobilienbestandes installieren
- vorhandene Flächen für die Nutzung der Windenergie unter Beachtung des Natur- und Landschaftsschutzes effizient und effektiv nutzen. Auch, wenn wir der Nutzung von Windenergie grundsätzlich positiv gegenüberstehen, sehen wir den weiteren Ausbau nicht unkritisch. Wir möchten vor Ort zusätzlich und leise Vertikalwindanlagen in Alleinstellung oder in Kombination mit Photovoltaikanlagen und einem Speicher, ausdrücklich auch für Privathaushalte fördern.

Mobilität und Verkehr

Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem Treibhausgasemissionen seit 1990 auch in Norden nicht reduziert worden sind. Der Verkehr emittiert Jahr für Jahr mehr als ein Drittel aller CO₂ Emissionen in der Stadt. Deshalb ist die Verkehrswende längst überfällig. Dazu gehört, dass lärm- und abgasarme und gleichzeitig gesunde Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen, Radfahren in Kombination mit einem verbesserten Bus-/Bahnverkehr, endlich den notwendigen Raum bekommen.

• Rad- und Fußverkehr

Das auch noch in Norden dominierende Leitbild der autogerechten Stadt gehört ins Museum. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig notwendige und zu erwartende Mobilitätsmix muss Grundlage der verkehrlichen Infrastruktur sein. Wir streben dabei eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen an. Für die Förderung des Radverkehrs bedeutet das:

- Wir wollen die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Radwege erheblich steigern und die dafür zuständigen personellen Ressourcen in der Verwaltung – auch für deren Pflege - ausbauen
- Besonders die Schulen und Kindergärten sollen in ihrem gesamten Einzugsgebiet durch Fahrradwege gut und sicher erreichbar sein
- Mittelfristig soll Norden eine autofreie Innenstadt erhalten. Innerorts soll grundsätzlich für alle Straßen Tempo 30 gelten
- Wir setzen uns für die Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Radverkehrsverbände sowie dessen schnelle Umsetzung ein
- Wo für den Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mehr als 30 km/h erlaubt ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausgewiesenen, ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren – nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr.
- Um die Gefahren für Radfahrer*innen durch rechts abbiegende PKW und vor allem LKW zu reduzieren, setzen wir auf getrennte Ampelschaltungen für den Radverkehr und den motorisierten Individualverkehr.
- Fahrradwege sind im Winter zumindest genauso zügig wie Straßen zu räumen.
- Auch Alltagsradwege abseits von Straßen müssen beleuchtet werden – hier setzen wir auf intelligente, mit Bewegungsmeldern gesteuerte Beleuchtungen.
- Die Fahrradparkplätze sollen insbesondere an stark frequentierten Orten, an Haltestellen, in dicht besiedelten Wohngebieten ausgebaut werden
- Zur Schaffung attraktiver Fahrrad-Abstellmöglichkeiten wollen wir Bereiche der bestehenden Parkplätze für Fahrräder reservieren und überdachen
- Zugeparkte Fahrradwege behindern nicht nur, sie machen den Radverkehr auch unsicher. Dieses Verhalten wollen wir daher restriktiver ahnden
- Damit auch Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung für erforderliche dienstliche Fahrten das Fahrrad nutzen können, sollen ihnen Diensträder zur Verfügung gestellt werden
- Wir wollen den Kauf von Lastenrädern für Hausgemeinschaften oder Nachbarschaften finanziell fördern und ein Leihsystem für Lastenräder einrichten

Das Zu-Fuß-Gehen ist die einfachste, effektivste und kostengünstigste körperliche Bewegung. Mit keinem Verkehrsträger können zeitlich zugleich so viele Menschen bewegt werden. Zu Fuß gehen braucht aber attraktive und für alle sichere Gehwege.

Deshalb wollen wir:

- ein Fußverkehrskonzept in die verkehrliche Planung integrieren, das den Wohlfühlfaktor berücksichtigt
- die Kern-Innenstadt als große Fußgängerzone anlegen
- breite, rollstuhlgerechte Gehwege
- Zur Stärkung der Sicherheit wollen wir prüfen, wo zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen oder Bedarfsampeln sinnvoll und notwendig sind.
- auch das Zuparken der Gehwege künftig stärker anhalten. Der Gehweg ist kein Parkplatz!
- Wartephasen für den nichtmotorisierten Verkehr verkürzen.

• **Öffentlicher Nahverkehr**

Bündnis 90/ Die Grünen stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich und kostengünstig zur Verfügung stehen. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist das Rückgrat nachhaltiger Mobilität. Wir setzen uns deshalb ein:

- für einen regelmäßigen Shuttle-Dienst Norddeich-Norden-Bahnhof in kurzen Takten, für Norder*innen und Inhaber*innen einer Kurkarte kostenlos
- Künftig wird die Konzession für die Norddeicher Wegebahn in Kombination mit einer Förderung zur Umstellung auf ein Elektrofahrzeug vergeben
- Wir wollen das Fahrplan-Angebot insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden und Ferienzeiten attraktiver gestalten.
- Der ÖPNV kann nicht jedes Ziel zu jeder Zeit perfekt anbinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das vorhandene ÖPNV-Angebot um ein Angebot von Miet-Fahrrädern zu ergänzen. Im ÖPNV-Abo soll das Angebot inbegriffen sein
- Um das Fahrrad mit dem ÖPNV besser kombinieren zu können, wollen wir an allen geeigneten Haltestellen für Fahrradständer sorgen
- Grundsätzlich soll die Möglichkeit eingerichtet werden, dass auch in Bussen Fahrräder mitgenommen werden
- Wir möchten eine Mobilitäts-App einführen, die neben Fahrplanauskünften, Ticketbuchungen, Reservierung von Leihfahrzeugen aller Art auch über Betriebsstörungen und Alternativrouten informiert. Außerdem streben wir eine Best-Preis-Abrechnung an: Wer sich dazu über eine App anmeldet, soll je nach Nutzungsverhalten innerhalb eines Monats im Nachhinein den besten Preis abgerechnet bekommen
- Inhaber*Innen von Abo- und Monatskarten sollen außerhalb der Hauptverkehrszeiten – abends und an den Wochenenden – eine weitere Person kostenlos mitnehmen dürfen
- Wir streben eine landesweit einheitliche Tarifstruktur an: Ob eine Strecke ganz oder teilweise mit der Bahn oder mit dem Bus zurückgelegt wird, soll auf den Fahrpreis keinen Einfluss haben
- Wir wollen die Fahrzeugflotte des öffentlichen Nahverkehrs bis 2031 klimaneutral machen. Beim Neuanschaffen von Bussen sollen ab sofort möglichst Elektrobussen oder Wasserstoffbussen der Vorrang eingeräumt werden
- Alle Busneuanschaffungen sollen für Mobilitätseingeschränkte leicht nutzbar sein

• **Der motorisierte Individualverkehr**

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen wollen wir

- das Park& Ride-Angebot ausbauen, um den Bürger*Innen aus dem weiteren Umland zu ermöglichen, ihr Auto am Stadtrand stehen zu lassen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wozu auch Leihfahrräder gehören, in die Stadt zu fahren
- grundsätzlich Tempo 30 innerorts einführen
- das Carsharing-Angebot fördernd ausbauen und in B-Plänen Carsharing-Konzepte mit einplanen, um die Anzahl der privaten PKW zu reduzieren
- verbindliche Ausbauziele für schnelles Laden in Form von HPC (High Power Charging) Ladesäulen mit mindestens 300 kW Ladeleistung setzen und diese mit entsprechenden Partnern möglichst schnell realisieren. Als groben Richtwert für die Anzahl der Ladesäulen legen wir die Anzahl der momentan vorhandenen Zapfsäulen zu Grunde, sprich eine

- Ladesäule je Zapfsäule. Ähnlich wie bei Tankstellen mit weiteren Angeboten (z.B. Essen & Trinken) und erweiterter Infrastruktur (z.B. Toilette & Überdachung) müssen diese Faktoren auch bei der Schaffung der Ladeinfrastruktur zwingend berücksichtigt werden
- neue Fahrzeuge für die Kommune grundsätzlich nur noch mit emissionsfreien Antrieben anschaffen

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat in unserer Stadt wegen deren Großflächigkeit eine erhebliche Bedeutung. Damit das so bleibt, wollen wir die Landwirtschaft dabei unterstützen, sich besser an der Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und den Erfordernissen des Klima- und Artenschutzes auszurichten. Unser Leitbild ist die Ökologische Landwirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Stadt bei Neuverpachtung mit der Auflage zur ökologischen Bewirtschaftung vergeben wird
- die Stadt keine Bauflächen für Stallbauten baurechtlich nicht-privilegierter Betriebe ausweist, um so die bäuerlichen Betriebe und die Umwelt zu schützen.
- Stadt und Landkreis Teil einer Ökomodellregion wird, um den Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen und deren Absatzmöglichkeiten zu verbessern
- in den Kindergärten, Schulen und Kantinen ökologisch und möglichst regional erzeugte Nahrungsmittel verarbeitet werden.
- Erzeugerzusammenschlüsse oder Vermarktungsinitiativen zur Vermarktung ökologisch und nachhaltig erzeugter Lebensmittel aus kommunalen Fördermitteln unterstützt werden, wozu auch Hofläden und -Cafés gehören können

Tierschutz

Grüne Politik steht für einen schonenden und respektvollen Umgang mit den Tieren. Es ist Aufgabe der Stadt, das Tierschutzgesetz umzusetzen.

Deshalb wollen wir:

- dafür sorgen, dass die Kosten für die sogenannte Fundtierversicherung und für die Unterbringung amtlich eingezogener Tiere in Tierheime nicht aus mühevoll aufgebracht und nie reichenden Spendengeldern geleistet werden müssen, sondern vollständig aus kommunalen Haushalten gedeckt werden
- den vorgeschriebenen, komplizierten Aufnahmeprozess von Fundtieren entbürokratisieren, um sich besser um gefundene Tiere kümmern zu können
- die Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim ermäßigen, wodurch die Aufnahme dieser Hunde in Privathaushalte gefördert und dadurch das Tierheim als auch der Haushalt der Kommune entlastet wird
- mehr geeignete Flächen identifizieren und ausweisen, auf denen Hunde auch während der Brut- und Setzzeit freilaufen dürfen
 - die Kastration von Katzen grundsätzlich verpflichtend machen, um so die Vermehrung zurückgelassener und ausgesetzter Hauskatzen zu verringern
 - mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige Veterinäramt soll dem Kreistag jährlich einen öffentlichen Bericht über Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen
 - eine*n ehrenamtlichen kommunale*n Tierschutzbeauftragte*n bestellen, die/der als Ansprechpartner*in für die Verwaltung und Bürger*innen zur Verfügung steht
 - einen städtischen Tierschutzpreis ausloben, der regelmäßig jenen Bürger*innen verliehen wird, die sich in besonderer Weise um den Tierschutz in unserer Stadt verdient gemacht haben,
 - auf die Ausweisung von Bauflächen zum Bau von gewerblichen Massentierhaltungsanlagen in unserer Stadt verzichten
- ausreichende Schattenflächen auf den Weiden fördern, damit die Tiere im Sommer nicht stundenlang in der sengenden Sonne stehen

Stadtentwicklung

Norden ist eine attraktive Stadt mit großem Potential. Wir leben dort, wo andere Urlaub machen und wo wir uns wohlfühlen. Damit das so bleibt, wollen wir in der Stadtentwicklung den Auswirkungen des Klimawandels mit nachhaltigen Maßnahmen entgegenwirken.

- **Bauen und Wohnen**

Die Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbeflächen ist anhaltend hoch. Um ihr nachzukommen und gleichzeitig sparsam mit den Freiflächen umzugehen, hat für uns die innerstädtische Entwicklung Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich. Das bedeutet, dass wir im Wohnungsbau, vor allem aber im gewerblichen Bereich, dichter bauen müssen.

Wir setzen uns dafür ein,

- den zusätzlichen Wohnungsbedarf möglichst innerhalb des bereits bebauten Bereiches zu befriedigen und dabei die innerörtlichen Grünflächen zu schonen.
- ein umfassendes Baulücken- und Leerstandskataster aufzustellen, in das Baulücken, Brachen, fehl genutzte Flächen und Flächen, deren Nutzung in naher Zukunft voraussichtlich aufgegeben wird, erfasst werden
- die bestehenden Bau- und Gewerbeflächen auf ihre Nachverdichtungspotenziale hin zu überprüfen und dort, wo die Festsetzungen alter Bebauungspläne einer sinnvollen Nachverdichtung entgegenstehen, diese zu verbessern
- den Erhalt der charakteristischen Häuserfronten im Stadtgebiet zu fördern
- brachliegende, baureife Grundstücke im Stadtgebiet auch gegen Widerstand bebauen zu lassen; über Jahre nicht bebaute Grundstücke dürfen nicht länger der Spekulation überlassen bleiben
- dass in Norden keine im Besitz der Stadt befindlichen Gebäude und Grundstücke mehr verkauft werden und die Stadt offensiv von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht. Die Grundstücke sollen im Eigentum der Stadt bleiben und gegen Erbpacht sozial und nachhaltig zur Nutzung vergeben werden
- das Potenzial zur Aufstockung vorhandener Gebäude, zum Ausbau von Dachgeschossen und einer Wohnüberbauung von Handels- und Gewerbebauten im Dialog mit der Nachbarschaft und Investoren zu erschließen
- die Festsetzungen in neu aufzustellenden Bebauungsplänen so auszugestalten, dass Anreize zum verdichteten mehrgeschossigen Bauen gesetzt werden
- dass Einzelhandel, der der Grundversorgung dient, im bewohnten Bereich angesiedelt wird; Neuansiedlungen „auf der grünen Wiese“ lehnen wir grundsätzlich ab
- dass die Ausweisung von Industrie und Gewerbegebieten bedarfsgerecht ist, eine Vermarktung von Gewerbeflächen unterhalb ihres Marktwertes kommt für uns nur dann in Frage, wenn damit ein klimaschützender Mehrwert für die städtische Gemeinschaft verbunden ist
- die Neuausweisung von Bau- oder Gewerbeflächen für potenziell in Frage kommende Flächen auch unterhalb von 10 Hektar einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen; Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden
- dass sich der Ankauf von Bestandsgebäuden innerhalb des Stadtgebietes für junge Menschen lohnt, das Programm „Jung kauft alt“ soll deshalb weitergeführt werden
- dem demografischen Wandel mit zu fördernden neuen Wohnformen unter dem Motto „Alt und Jung“ zu begegnen

- **Bezahlbarer Wohnraum für alle**

Wohnen ist ein Teil der Daseinsvorsorge wie Nahrung, sauberes Wasser und Bildung. Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Immer mehr Menschen müssen mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für die Kaltmiete ausgeben. Besonders Menschen mit geringen Einkommen bleibt so nur noch wenig Geld zum Leben übrig. Seit dem Jahr 2000 hat sich landesweit die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert.

Um allen Menschen in unserer Stadt gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen wollen wir

- festlegen, dass bei Neubauprojekten Wohnraum zu mindestens 20 % als geförderter Wohnungsbau errichtet werden,

- als Ersatz für auslaufende Sozialbindungen gezielt Belegungsrechte im Wohnungsbestand ankaufen, um auf diese Weise weiterhin preisgebundenen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können
- die Umwidmung von Wohnraum in Ferien- bzw. Gästewohnungen oder in Gewerberäume durch eine Zweckentfremdungssatzung verhindern
- in den kommunalen Wohnungsbau investieren, um durch den verstärkten Bau von preisgebundenem Wohnraum oder den Kauf von Wohnungen aus dem Bestand Menschen mit geringem Einkommen mit ausreichend Wohnraum zu versorgen, was sich zudem preisdämpfend auf den Mietwohnungsmarkt insgesamt auswirkt
- eine kommunale Wohnungstauschplattform ins Leben rufen, um einerseits Menschen mit inzwischen geringerem Wohnraumbedarf (z.B. Menschen deren Kinder aus dem Haus sind) den Tausch ihrer Wohnung mit Haushalten mit gestiegenem Wohnraumbedarf zu fixen Konditionen zu ermöglichen
- ein Förderprogramm zur Unterstützung privater Hausbesitzer beim Ausbau bisher ungenutzter Dachräume auflegen

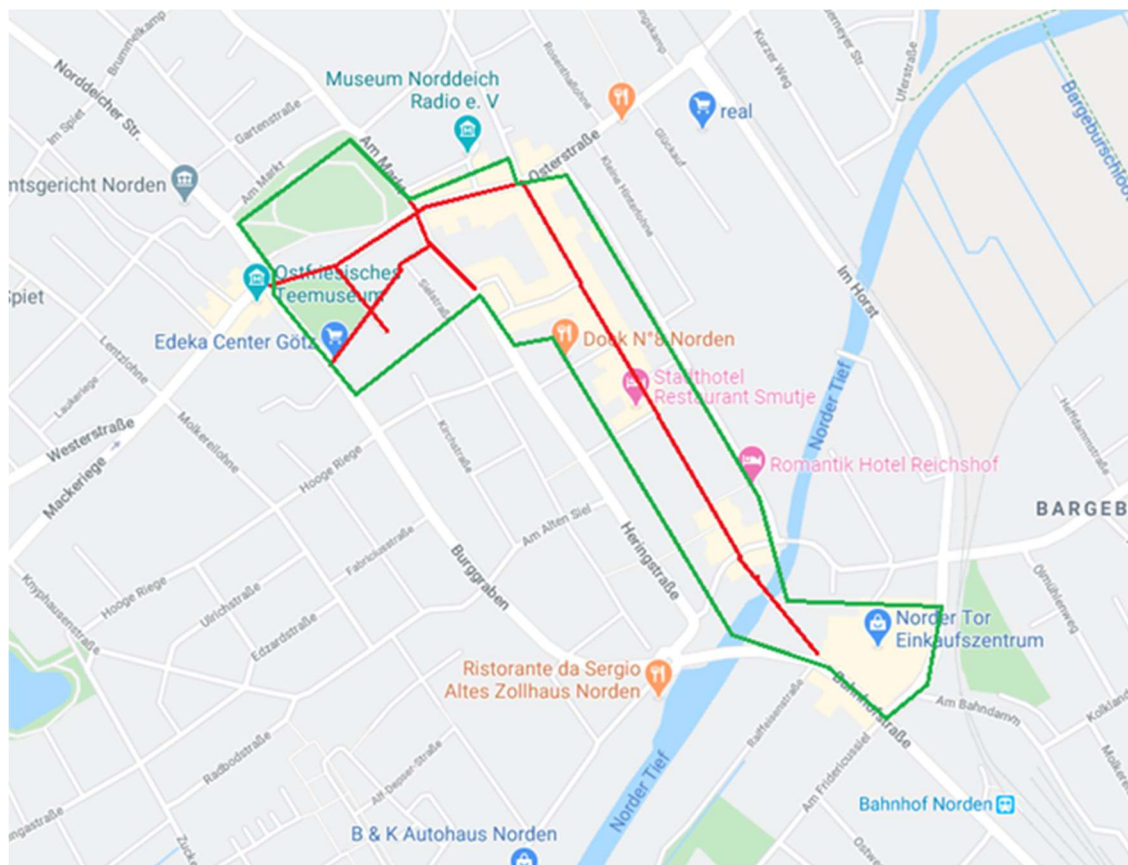
• Öffentlicher Raum

Die Stadt Norden soll sowohl als Touristenort als auch als lebenswerte Stadt für ihre hier sesshaften Einwohner*innen attraktiver werden.

Wir setzen uns für mehr Begegnung und Kommunikation im städtischen Raum ein. Eine lebendige Stadt hat Aufenthaltsqualität! Die Nachhaltigkeit hat auch hier oberste Priorität.

Wir wollen dafür ein Bürgergutachten mit folgenden Impulsen in Auftrag zu geben:

- Norden kann eine große Fußgängerzone erhalten, die nach dem Ausbau der Osterstraße zur Fußgängerstraße sogar den schönen Marktplatz miteinschließt. Vielleicht könnte die Straße "Am Markt" zwischen Ludgerikirche und Blücherplatz befahrbar bleiben.
- Rot - für den Autoverkehr gesperrte Straßen (gewerbliche Ausnahmen morgens und abends)
- Grün - für Fußgänger nutzbares Gebiet)



- Statt der Parkplätze und auf den freien Flächen auf dem Marktplatz könnten Spielplätze, kleine Parks/Wiesen sowie Sitzgelegenheiten die Innenstadt für Familien, ältere und junge Menschen gleichermaßen attraktiv machen und zum Begegnungsort werden lassen. Deshalb ist auch die Verlegung der Bushaltestellen zu prüfen.
- Förderung der Norder Künstler*innen, Galerien, Kunst- und Kulturvereine
- Ansiedlung moderner Gastwirtschaft, Bars, Erlebnis- und Begegnungsstätten
- Alte Gebäude entlang des Norder Tiefs in der Innenstadt erhalten mit Ansiedlung von Innen- und Außengastronomie und einer Flaniermeile nahe am Wasser (Dammstraße, Brückstraße, Am Hafen, Neuer Weg, In der Gnurre, Doornkaatlohne).
- Doornkaatgelände mit Parkanlage und/oder Nachbarschaftsgärten
- Skaterbahn in Innenstadtnähe
- Entwicklung des Norddeicher Hafen mit mehr Innen- und Außengastronomie
- Entwicklung einer „Gesundheitsstadt Norden“ mit einem vielfältigen innerstädtischen und somit gut erreichbaren Angebot an Gesundheitsdienstleistungen

Gesundheit

Wir Grünen stehen für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in der Fläche.

In Norden ist insbesondere vor dem Hintergrund der älter werdenden Bevölkerung, des Zuzugs älterer Mitbürger*Innen, des Besuchs vieler Touristen und des Vorhandenseins von Reha-Kliniken im Stadtgebiet eine außergewöhnlich gute stationäre Versorgung genauso wichtig wie eine sehr gute ambulante haus- und fachärztliche Versorgung notwendig ist. Tatsächlich kommt es hier zunehmend zu Einschränkungen.

- Die stationäre Versorgung
Die Grünen treten für ein langfristig funktionierendes und wohnortnahes Gesundheitssystem ein, was für Norden mit den vielen Touristen und aufgrund der Pandemieerfahrungen besonders wichtig ist. Die geplante Zentralklinik in Uthwerdum erfüllt dieses Erfordernis aus Sicht von rund 50 % der Norder und der Bevölkerung im Landkreis nicht. Bislang ist nicht sicher, ob die Zentralklinik wegen der Kostenexplosion und den wegen Corona angespannten öffentlichen Haushalten tatsächlich gebaut wird. Um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden, fordern wir den Erhalt der UEK Norden auf dem medizinisch, technisch und baulichen Stand, bis die Zentralklinik in Uthwerdum tatsächlich in Betrieb geht, was 7 – 10 Jahre dauern kann. Anschließend ist die stationäre Notfallversorgung 24 Stunden an 7 Tagen je Woche zu gewährleisten, wofür es bis heute kein Konzept gibt. Der Landkreis Aurich ist dafür in der Bringschuld, die die Stadt einzutreiben hat.
- Die ambulante Versorgung
Um die zunehmenden Defizite der ambulanten Versorgung zukünftig gering zu halten und die aktuellen Defizite zu verbessern (z.B. Hausarztmangel; seit Jahren nicht besetzter Sitz eines zweiten HNO-Facharztes) setzen wir uns dafür ein, in der Verwaltung der Stadt Norden zunächst eine halbe Stelle zu schaffen, die sich mit der Bestandsaufnahme der Situation, der Anwerbung z.B. von niedergelassenen Ärzt*Innen und der Betreuung in der Niederlassungsphase beschäftigt; weitere Aufgabe: Umsetzung des Konzeptes „Gesundheitsregion Norden-Norddeich“

Bildung

Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein Leben lang. Jedes Kind hat das Recht, dass ihm alle Bildungsmöglichkeiten offenstehen und ihm gute Entwicklungschancen gegeben werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, die Stadt steht als Schulträger aber in der Verantwortung, für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung - und, wenn andere in Pandemiezeiten die Hände in den Schoß legen, auch für die Förderung der Schüler*innen, damit möglichst alle Anschluss behalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- das Angebot an hochwertigen Kita- und Krippenplätzen zügig bedarfsgerecht ausgebaut wird
- Kitas eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher*Innen haben, denen wertschätzende und fördernde Arbeitsbedingungen geboten werden
- die Kindertagespflege als ergänzende, familiennahe und zeitlich flexible Form der Kinderbetreuung erhalten bleibt und gestärkt wird

- in Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten das Nachhaltigkeitsbewusstsein in unseren Kitas und Schulen gestärkt wird
- die Schulen endlich saniert und zeitgemäß gestaltet werden, wobei uns aufgrund der Pandemieerfahrungen Investitionen in ein gesundes Raumklima sehr wichtig sind
- kleine Schulen erhalten bleiben; ihr Erhalt trägt zur Unterrichtsversorgung in pandemischen Zeiten bei; wir setzen uns dabei für eine lernfördernde, jugendgerechte Ausstattung der Räume wie der Außenanlagen ein; inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein; zur Ausstattung der Außenanlagen gehören ebenso sog. "Grüne Klassenzimmer". Die Notwendigkeit solcher Lernräume zeigt uns die aktuelle pandemische Situation. Zudem müssen die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein – dazu gehören u.a. Räumlichkeiten, in denen die Schüler*innen ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können,
- digitales Lernen durch eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ermöglicht wird; dazu gehört ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, eine moderne Ausstattung der Klassenräume sowie hochwertiger technischer Support und Arbeitszimmer für die Lehrerinnen und Lehrer; schließlich hat die Corona-Krise für alle offensichtlich gemacht, wie wichtig eine gute IT-Ausstattung unserer Schulen ist und wie weit unsere Schulen den modernen Anforderungen hinterherhinken,
- weshalb diejenigen Schüler*innen in den allgemeinbildenden Schulen besonderer Unterstützung der örtlichen Gemeinschaft bedürfen, die zu Hause nicht über die technischen Möglichkeiten und das Internet verfügen,
- gesundes und ausgewogenes Essen für unsere Kinder möglichst aus der Region und ökologisch angebaut in den Mensen ausgegeben wird.
- der Weg zur Schule und zur Kita sicher ist; deshalb treten wir innerorts für eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf grundsätzlich 30 km/h ein - auch auf Hauptverkehrsstraßen,
- Bannmeilen rund um Schulen & Kitas in Form von reinen "Spielstraßen" gepaart mit dem Verbot von "Elterntaxis" mindestens 200 m rund um das Schulgelände
- die Jugendlichen beim Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die berufsbildenden Schulen oder das Studium bessern unterstützt werden; gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen, den Kammern, der Agentur für Arbeit und der Jugendberufshilfe wollen wir daher die Beratungs- und Unterstützungsangebote bündeln und damit aktiv insbesondere auf Jugendliche mit einem besonderen Unterstützungsbedarf zugehen
- die berufsbildenden Schulen baulich und vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie den modernen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden; dazu bedarf es entsprechend der digitalen Entwicklung berufsbezogener Projekträume, einer modernen Ausstattung mit berufstypischen technischen Geräten und Anlagen und eines hochwertigen technischen Supports
- die berufsbildenden Schulen verstärkt zu Orten lebenslangen Lernens werden; die Digitalisierung fordert von den Beschäftigten, den sich immer schneller verändernden Anforderungen entsprechend weiterzubilden; dafür müssen die Berufsbildenden Schulen entsprechend ausgestattet werden
- der Ausbau des kostenlosen WLANs in der Stadt voran geht
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche gestärkt und ausgebaut werden (Erziehungsberatungsstelle, Familienentlastender Dienst etc.). Außerdem soll die Kooperation zwischen solchen Angeboten und den Schulen und Kindertagesstätten ausgebaut werden
- die Kreisvolkshochschule in Norden gesichert und insbesondere im Bereich der Sprachkurse bedarfsgerecht ausgebaut wird und die Dozentinnen und Dozenten angemessen bezahlt werden
- das Angebot für die nachmittägliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen erweitert wird. Dies gilt auch für Angebote am Wochenende und in den Ferien. Besonders jüngere Kinder unter 6 Jahren werden bisher nicht ausreichend betreut.
- mehr Treffpunkte für Kinder und Jugendliche in der Stadt geschaffen werden, wie z.B. Spielplätze, Bolzplätze, Parkanlagen, Skaterbahnen, Jugendtreffs

Kulturszene Norden

Die freie Kulturszene einer Stadt ist aus unserer Sicht für die städtische Entwicklung relevant, weshalb ihre Entfaltung in Norden nach Kräften kommunal unterstützt werden soll. Den in der Stadt vorhandenen Theater-, Literatur-, Kunst-, Musik- und Kleinkunstprojekten sollen dafür ein Forum und Mitbestimmungsrechte angeboten werden.

Soziales

Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese Ungleichheit nimmt weiter zu. Wir GRÜNE setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben vor Ort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Ausreichend und qualitativ gute Kinderbetreuung, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität, ebenso wie die Hilfen für werdende Eltern. In Norden soll wieder gerne geboren werden! Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen. Wir Grünen setzen uns ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Bei der Kommunalwahl 2021 kommt es auch darauf an, dass Teile unserer Stadt nicht nach rechts abdriften. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen.

- Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
- Wir beginnen damit, die Stadtentwicklung vom Ungeborenen her zu denken und fangen damit bei der Geburtshilfe an. In Norden soll künftig gerne geboren werden, wofür es ausreichend Hebammen - und bei Bedarf ein Geburtshaus - braucht.
- Wir werden es nicht länger hinnehmen, dass monatelang auf einen Arzttermin gewartet werden muss, weshalb wir uns für das Prüfen eines Praxismodells mit zeitgemäßen Arbeitsbedingungen für angestellte Ärzte einsetzen.
- Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von Beratungsstellen für Menschen die in Not geraten sind ein. Dazu gehören die Förderung der Arbeitslosen-, Schuldner*innen- und Suchtberatung.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Jobcenter personell angemessen ausgestattet wird, so dass dort besser und wertschätzender beraten wird und Anträge fehlerfreier beschieden werden.
- Wir fördern die Beratung von Rentner*innen auf ihr Recht für ein auskömmliches Einkommen ein, so dass diese nicht Jahr für Jahr aus Unwissenheit oder Scham darauf verzichten, auf Einnahmen ihrer Gruppe in Millionenhöhe zu verzichten.
- Die sozialen Einrichtungen unserer Stadt brauchen für ihre wertvolle Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese mit kommunalen Mitteln bedarfsgerecht gefördert werden.
- Die Stadt hat eine Vorbildfunktion. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsverhältnisse bei der Stadt und bei städtischen Betrieben im vollen Umfang den tariflichen Standards entsprechen.
- Mobilität ist für das dezentrale Leben auf dem Lande besonders gefordert. Deshalb setzen wir uns für ein Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr ein.
- Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder verharmlost noch ideologisch verteufelt, und stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt. Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen wir stärken, ebenso wirksame Prävention. Konsument*innen sollen nicht länger kriminalisiert werden, stattdessen benötigen Abhängige Hilfe. Wir wollen Drogen nach ihren Risiken regulieren.

Moderne Verwaltung

Eine moderne Verwaltung ist Dienstleisterin und Partnerin der Bürger*Innen und deshalb personell und technisch gut ausgestattet. Die Verwaltung hat für Bürgernähe, kurze Wege, höhere Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse zu stehen, was durch die Digitalisierung begünstigt wird. Selbstverständlich werden Verwaltungsdienstleistungen unserer Stadt auch weiterhin im persönlichen Kontakt zur Verfügung stehen, so lange daran Bedarf besteht.

- Mit einer E-Government-Strategie für Norden wollen wir dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleistungen möglichst schnell digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.
- Wir treten dafür ein, dass die Verwaltung alle ihr vorliegenden Informationen nutzt und weitestgehend selbst beschafft, statt den Bürger*innen wie den Unternehmen abzuverlangen, diese immer wieder neu beizubringen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiter*innen kontinuierlich für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung weitergebildet werden und ihnen bedarfsorientiert Home-Arbeit ermöglicht wird.
- Mit einer Norden Meta-App wollen wir Informationen über regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von Vereinen und Unternehmen, Ausstellungsräumen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, auch Buchungen durchzuführen, wenn dies Teilnahmevoraussetzung ist.
- Unsere Stadt hat eine Vorbildfunktion auch bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Deshalb treten für die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards ein. Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen prioritär auch regional eingekauft werden, was von einer Stelle in der Verwaltung gemanagt werden soll.
- Die Gleichberechtigung von Frauen muss in der Verwaltung vorbildlich geregelt werden. Mindestens 50% der Führungspositionen der Verwaltung sind deshalb mit Frauen zu besetzen.
- Das Land Niedersachsen ist eines der drei Bundesländer, in dem es kein Akteneinsichtsrecht für die Bürger*innen bei den Behörden gibt. Deshalb setzen wir uns für eine Satzung der Stadt Norden ein, in der das Recht zur Akteneinsicht und zum Informationszugang für die Norder Bürger*innen bis zur Geltung einer landesgesetzlichen Regelung hergestellt wird.
- Ratssitzungen sollen künftig im Internet gestreamt und aufgezeichnet werden, so dass diese auch im Nachhinein abrufbar sind. Damit bekommen alle Menschen die Chance, sich ein Bild über die Verhandlungen ihrer geählten Vertreter*innen zu machen. Fragen in der Einwohnerfragestunde sollen Live zugeschaltet gestellt werden können.

Wirtschaft

Wir Grüne stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze erhält und neue schafft. Für uns gehört zwischen Wirtschaft und Umwelt kein „oder“.

Norden ist ein bedeutender Tourismus- und Gesundheitsstandort und das soll auch bleiben. Dabei gilt es, Umwelt und Klimaschutzanforderungen nicht als Hindernis, sondern als Chance für nachhaltige Geschäftsmodelle zu begreifen. So werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Norden geschaffen und gesichert.

- Wir setzen uns für eine verstärkte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Start-ups, insbesondere bei innovativen Projekten, Digitalisierungsvorhaben und beim Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze im Gesundheitssektor und in der Energiewirtschaft ein.
- Die Gesundheitsbranche Nordens umfasst zurzeit ca. 2000 Arbeitsplätze, die teilweise durch die geplante Schließung des örtlichen Krankenhauses gefährdet sind. Wir wollen deshalb die Dienstleistungen rund um die Gesundheit weiter ausbauen und die Entwicklung Norden-Norddeichs hin zu einer Gesundheitsregion von überregionaler Bedeutung unterstützen und fördern.
- Unsere Stadt verfügt über eigene Stadtwerke, deren Entwicklung wir hin zu einem breit aufgestellten Energie-Dienst-Leistung-Unternehmen unterstützen, wobei damit zugleich das Ziel verfolgt wird, Wachstumsimpulse in der regionalen Energiebranche anzustoßen und diese zu fördern.

- Schnelles Internet ist einer der wichtigsten Standortfaktoren unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes ein.
- Die Corona-Pandemie hat das mobile Arbeiten massiv beschleunigt, aber nicht jede*r möchte dauerhaft in den eigenen vier Wänden arbeiten. Um wohnortnahe Arbeiten zu ermöglichen, fördern wir (wohnortnahe) Co-Working-Angebote, die technisch modern ausgestattet sind und mit einer hohen Aufenthaltsqualität die Kreativität fördern.
- Der stationäre Einzelhandel gerät durch den wachsenden Online-Handel stark unter Druck, mit den heute noch negativen Konsequenzen für die Innenstadt. Wir wollen deshalb insbesondere den inhabergeführten örtlichen Einzelhandel dabei unterstützen, die Kundschaft online zu kontaktieren, damit diese von den Vorteilen der Kombination aus digitaler Information, Beratung vor Ort und schneller Verfügbarkeit der Ware überzeugt wird.
- Um die Entwicklungspotenziale der Innenstadt systematisch anzugehen, setzen wir uns für die Erarbeitung eines Masterplans mit Hilfe eines Planungsverfahrens ein, das die Beteiligung der Bürger*Innen repräsentativ gewährleistet.
- Die Menschen kaufen vor allem dann vor Ort ein, wenn sie darin einen Vorteil erkennen. Deshalb wollen wir die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt steigern. Auch Unverpackt-Läden, Zero-Waste-Zentren und Repair-Cafes gehören in die Innenstadt.
- Wir setzen uns dafür ein, jungen Start Ups vor allem aus der Digital- und Kreativwirtschaft durch einen Fonds der Sparkasse Innovationskapital zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.
- Die Sicherung von Fachkräften wird zunehmend zu einem bedeutsamen Standortfaktor. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Kammern, den Berufsbildenden Schulen, den Hochschulen, der Kreisvolkshochschule und anderen regionalen Bildungsträgern für eine systematische Erfassung der Bedarfe der örtlichen Wirtschaft und die Etablierung entsprechender Aus- und Fortbildungsangebote ein. Außerdem gehört eine gute öffentliche Infrastruktur, ein breites kulturelles Angebot und nicht zuletzt eine intakte Umwelt zu den wesentlichen Faktoren, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
- Fläche ist nicht vermehrbar! Deshalb setzen wir Grünen uns für den sparsamen Umgang auch mit den gewerblich genutzten Flächen ein. Wir wollen ein Gewerbeflächenmanagement das in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf einen sparsamen Umgang mit der Fläche setzt, statt sich mit vermeintlich attraktiven Ansiedlungsangeboten gegenseitig zu unterbieten.
- Glasfaser statt 5G-Masten. Wir fordern ein Moratorium bis zur Klärung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit. <https://www.quarks.de/gesundheit/handstrahlung-wie-gefaehrlich-ist-das-neue-mobilfunknetz-5g/>

Finanzen

Der Investitionsbedarf unserer Stadt in eine gute öffentliche Infrastruktur, in eine funktionierende öffentliche Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist groß. Wir lehnen es daher ab, der Krise hinterher zu streichen. Durch kommunale Rotstiftpolitik werden wir die fehlenden Einnahmen nicht kompensieren können. Stattdessen wollen wir die notwendigen Maßnahmen baldmöglichst umsetzen. Wir fordern den Bund und das Land Niedersachsen daher auf, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereit zu stellen, schließlich sind sie es, die die erforderlichen Vorsorgemaßnahmen gegen die von ihnen im Jahre 2012 selbst prognostizierte Pandemie nicht durchgeführt haben und offenbar immer noch nicht durchführen. Zudem fordern wir:

- im Landkreis einen interkommunalen Finanzausgleich zwischen einnahmenstarken und einnahmeschwächeren Kommunen zu schaffen
- Die von der Kommune festzusetzenden Vergnügungssteuersätze für Geldspielautomaten bis zur Obergrenze auszuschöpfen.
- Sämtliche Möglichkeiten zur Einsparung von Energiekosten durch energiesparende Investitionen zu nutzen.
- Um bessere Konditionen für die kommunale Kreditaufnahme zu bekommen, muss das Land entsprechen Rahmenverträge mit Kreditinstituten abschließen.
- Auf Privatisierung kommunaler Angebote zu verzichten, da diese nur vordergründig Einsparungen bringen und in der Regel mit schlechteren Standards für die Mitarbeiter*innen und suboptimalen Aufgabeneffekten einher gehen.

- Wir wollen die Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuern grundsätzlich nicht verändern. Die freiwilligen Ausgaben hinsichtlich des sozio-kulturellen Angebotes in Norden sollen nicht gekürzt werden. Da KommunalDarlehen seit Jahren sehr günstig sind, wollen wir bei Investitionen in die Zukunft, dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung Tempo machen. Das weitere Verschieben des Klimaschutzes in die Zukunft zu Lasten unserer Kinder ist mit uns nicht machbar.
- Dennoch werden wir gezwungen sein, der Kommunalaufsicht Konsolidierungsmaßnahmen vorzulegen, wenn die Haushalte genehmigt werden sollen. Eine weitere Senkung der Kreisumlage wäre ein wichtiger Beitrag, uns diese Aufgabe zu erleichtern.